

## Antrag

der Abgeordneten Ayse Asar, Dr. Andrea Lübcke, Claudia Müller, Dr. Anja Reinalter, Misbah Khan, Hanna Steinmüller, Jamila Schäfer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### BAföG stärken und Studienstarthilfe ausweiten – Junge Menschen in der Krise entlasten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die massiven Preissteigerungen infolge des Iran-Kriegs treffen auch Studierende und Auszubildende besonders hart. Durch gestiegene Kosten für Energie, Lebensmittel und Mobilität müssen viele neben dem Studium arbeiten, verschieben ihren Abschluss oder brechen ihr Studium ganz ab. Besonders die Situation auf dem Wohnungsmarkt verschärft die Lage zusätzlich: Laut der aktuellen Erhebung des Moses-Mendelsohn-Instituts (Sommersemester 2026) sind 83,4 % der Studierenden in Städten eingeschrieben, in denen die durchschnittlichen Wohnkosten über der BAföG-Wohnkostenpauschale liegen. Auch die Mindestausbildungsvergütung von 682€ für das erste Lehrjahr reicht oft nicht mal für die Miete eines WG-Zimmers.

Trotz mehrfacher Ankündigungen hat die Bundesregierung bisher keine auskömmliche BAföG-Reform vorgelegt. Zugleich setzt die Bundesregierung in anderen Politikbereichen auf pauschale Entlastungen nach dem Gießkannenprinzip, z.B. mit Milliardenhilfen für Mineralöl-Konzerne, während gezielte Unterstützung für junge Menschen ausbleibt. Eine umfassende BAföG-Reform wäre ein wirksamer Weg, um Studierende und Auszubildende zielgerichtet zu entlasten, echte Chancengerechtigkeit zu schaffen und die Bildung unserer Fachkräfte von morgen zu sichern. Die Bundesregierung muss jetzt handeln. Junge Menschen in Ausbildung brauchen spürbare Unterstützung und die Sicherheit, dass Bildung in Deutschland nicht vom Geldbeutel abhängt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Mechanismus zu entwickeln, damit das Kindergeld automatisiert als Leistung jungen Menschen in Ausbildung direkt überwiesen wird und nicht mehr den Eltern. Damit stellt das Kindergeld eine erste Säule der Ausbildungsfinanzierung dar, die allen jungen Menschen zugutekommt;

2. endlich eine umfassende BAföG-Reform vorzulegen, die eine echte Trendwende bei Planbarkeit, Reichweite und sozialer Absicherung einleitet;
3. die Wohnkostenförderung im BAföG an das regionale Mietniveau anzupassen, um tatsächlichen Wohnkosten Rechnung zu tragen;
4. die Studienstarthilfe von 1000 Euro als einmalig als Sonderzahlung an alle BAföG-beziehenden Studienanfänger\*innen zu öffnen, damit niemand aus finanziellen Gründen auf den Beginn eines Studiums oder einer Ausbildung verzichten muss;
5. eine Azubistarthilfe für bedürftige Auszubildende analog zur Studienstarthilfe einzuführen;
6. die BAföG-Grundbedarfssätze und Freibeträge noch in diesem Jahr deutlich anzuheben, um die realen Lebenshaltungskosten realistisch abzubilden;
7. das BAföG jährlich automatisch durch eine gesetzliche Regelung zu dynamisieren, damit Anpassungen künftig verlässlich und inflationssicher erfolgen;
8. die Altersgrenzen und Höchstförderdauern für das BAföG zu flexibilisieren, um auch nicht-lineare Bildungswege und Weiterqualifizierungen besser zu fördern;
9. ein Mobilitätsbudget für Auszubildende einzuführen, um ihre selbstständige Mobilität zu stärken und Azubis, die auf das Auto angewiesen sind, vor hohen Spritpreisen zu schützen;
10. die Antragsverfahren zu vereinfachen und zu digitalisieren, um Hürden abzubauen und die Zugänglichkeit zu erhöhen.

Berlin, den 5. Mai 2026

**Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion**

*Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*